

Dr. Schäfer GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Schäfer GmbH – WPG/StBG -, Hugo-Eckener-Str. 7, 63303 Dreieich

Hugo-Eckener-Str. 7
63303 Dreieich

Mandanten- und Interessenten-
Rundschreiben
für Monat Juni 2006

Telefon: 06103/20566-0
Telefax: 06103/20566-39

eMail: info@dsg-wp-stb.de
Internet: www.dsg-wp-stb.de

Dreieich, den 20.05.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mandantinnen und Mandanten,

nachfolgend möchten wir Sie über die in den vergangenen Monaten eingetretenen und für die Zukunft geplanten Änderungen im Steuerrecht vertraut machen. Weitergehendere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter www.dsg-wp-stb.de.

Lesen Sie Informationen zu folgenden Themen:

Termine Juni 2006

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Haushaltsbegleitgesetz 2006: Weitere Änderungen stehen an

Anstellungsvertrag kann wegen Schriftformerfordernis bei Berufung zum Geschäftsführer nicht
konkludent aufgehoben werden

Wirksame Urlaubsgewährung auch dann, wenn sie nicht ausdrücklich als unwiderruflich
bezeichnet wird

1 %-Regelung gilt nicht mehr bei gewillkürtem Betriebsvermögen

Abgrenzung zwischen Betriebsaufgabe und Betriebsunterbrechung

Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten

Abzug haushaltsnaher Dienstleistungen verbessert

AfA-Ansatz zur Sachbezugsermittlung bei Überlassung eines betrieblichen PKW

Altersentlastungsbetrag: Ermittlung der positiven Summe der Einkünfte bis zum Jahr 2003

Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch

Ansparrücklage: Anforderung an die Bildung bei Überschussrechnern

Aufhebung der Kindergeldfestsetzung vor Ablauf des Kalenderjahrs

Aufwendungen für den krankheitsbedingten Einbau eines Fahrstuhls in ein gemietetes
Einfamilienhaus sind keine außergewöhnliche Belastung

Aufwendungen für die Ablösung von Erbbaurechten als Herstellungskosten

Aufwendungen für VIP-Logen: Hospitality-Leistungen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft
2006

Bei Einnahmen-Überschussrechnung keine Pflicht zur Kassenbuchführung

Bemessungsgrundlage für Kirchensteuer bei Abfindungszahlung nach Kirchenaustritt

Fehler eines Grundstücks-Sachverständigen kein grobes Verschulden des Auftraggebers
Kein Arbeitslohn durch "Gegenwertzahlungen" des Arbeitgebers an die VBL
Keine Abzinsung von Sozialplanverbindlichkeiten bis 1998
Keine Zusammenveranlagung für Mitglieder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft
Kosten eines Grabmals als dauernde Last
Pauschale Ermittlung der PKW-Nutzungsentnahme bei alkoholbedingten Unfallkosten
Sonderausgabenabzug bei Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen
Übernahme von Verbindlichkeiten bei Erbauseinandersetzung führt doch nicht zu Anschaffungskosten
Vermieteter PKW als Sonderbetriebsvermögen
Verpflegungsmehraufwendungen für einen auswärtigen Einsatz
Weitere steuerliche Änderungen
Betriebsaufspaltung: Behandlung wechselseitig gezahlter Darlehenszinsen
Erweiterte Kürzung des Gewerbeertrags bei unentgeltlicher Grundschuldbestellung
Keine gewerbesteuerliche Minderung der Beteiligungsgewinne um Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Beteiligung
Vortragsfähiger Gewerbeverlust bei Gesellschafterwechsel in einer Personengesellschaft
Dauer der Verstrickung eigenkapitalersetzender Darlehen
GmbH & Co. KG: Vergütung für Haftungsübernahme
Gemeinschaftsrechtliche Unbedenklichkeit der unterschiedlichen Behandlung von verbundenen Unternehmen in verschiedenen EG-Ländern
Eheähnliche Gemeinschaft erst nach drei Jahren
Keine Vollstreckung aus Räumungsurteil bei Fortzahlung der Miete
Abzugsverpflichtung eines Unternehmers bei Bezug einer Werklieferung für seinen nichtunternehmerischen Bereich
Kein ermäßigter Steuersatz für Fernsehprogramme des Pay-TV
Personalgestellung durch ein Krankenhaus an eine Arztpraxis kann steuerfrei sein
Umsatzsteuer bei Preisnachlässen durch Reisebüros
Umsatzsteuer bei Übertragung von Gesellschaftsanteilen an landwirtschaftlichem Betrieb und anschließender Einstellung
Abberufung und Kündigung eines WEG-Verwalters nur aus wichtigem Grund möglich
Betreten einer Eigentumswohnung zur Instandsetzung von Gemeinschaftseigentum
Verkehrssicherungspflicht auf öffentlichen Parkplätzen

Mit freundlichen Grüßen

Schäfer

(Dr. Schäfer)

Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

Termine Juni 2006

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung ¹	Scheck
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag²	12.6.2006	15.6.2006 ⁴	12.6.2006
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Seit dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Einkommensteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	12.6.2006	15.6.2006 ⁴	12.6.2006
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag	12.6.2006	15.6.2006 ⁴	12.6.2006
Umsatzsteuer³	12.6.2006	15.6.2006 ⁴	12.6.2006

¹ Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

² Für den abgelaufenen Monat.

³ Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat.

⁴ Dort, wo der 15.6.2006 ein Feiertag (Fronleichnam) ist, ist der 16.6.2006 Fristende.

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.1.2004:

Zeitraum	Basiszinssatz	Verzugszinssatz	Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung
1.1. bis 30.6.2004	1,14 %	6,14 %	9,14 %
1.7. bis 31.12.2004	1,13 %	6,13 %	9,13 %
1.1. bis 30.6.2005	1,21 %	6,21 %	9,21 %
1.7. bis 31.12.2005	1,17 %	6,17 %	9,17 %
1.1. bis 30.6.2006	1,37 %	6,37 %	9,37 %

Haushaltsbegleitgesetz 2006: Weitere Änderungen stehen an

Mit dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes hat die Bundesregierung weitere Gesetzesänderungen verabschiedet. Mit folgenden Änderungen ist zu rechnen:

- Ab 1. Juli 2006 wird der Pauschalbetrag für geringfügig Beschäftigte (sog. Minijobs) von derzeit 25 % auf 30 % erhöht und
- der Grundlohn für die Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen wird auf 25 € je Stunde begrenzt.
- Zum 1. Januar 2007 steigt der allgemeine Umsatzsteuersatz von 16 % auf 19 %, während
- gleichzeitig der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von zurzeit 6,5 % auf 4,5 % gesenkt wird.

Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung durch den Bundesrat.

Anstellungsvertrag kann wegen Schriftformerfordernis bei Berufung zum Geschäftsführer nicht konkludent aufgehoben werden

Der Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer einer GmbH kann nur schriftlich gekündigt werden. Dies gilt auch, wenn er mündlich abgeschlossen wurde. Das hat das Landesarbeitsgericht Bremen klargestellt.

Ein bisher als Angestellter beschäftigter Mitarbeiter einer GmbH war durch Gesellschafterbeschluss zum Geschäftsführer bestellt worden. Einige Zeit später wurde ihm mitgeteilt, die Gesellschafterversammlung habe ihn von der Position des Geschäftsführers wieder abberufen. Außerdem wurde das mit ihm bestehende Anstellungsverhältnis mündlich gekündigt.

Daraufhin machte der Angestellte Entgeltansprüche und das Fortbestehen seines Arbeitsverhältnisses geltend. Zu Recht, wie das Landesarbeitsgericht Bremen entschied, denn das Arbeitsverhältnis hätte schriftlich gekündigt werden müssen.

Wirksame Urlaubsgewährung auch dann, wenn sie nicht ausdrücklich als unwiderruflich bezeichnet wird

Es ist nicht notwendig, dass die Gewährung von Urlaub vom Arbeitgeber ausdrücklich als unwiderruflich bezeichnet wird. Sofern er sich nicht ausdrücklich vorbehält, die Urlaubsgewährung zu widerrufen, erfüllt er den Urlaubsanspruch des Arbeitnehmers, indem er diesen von der Arbeitspflicht befreit. Dies hat das Bundesarbeitsgericht entschieden.

Zu Grunde lag der Fall eines Arbeitnehmers, dem vom Arbeitgeber gekündigt und von diesem „unter Anrechnung noch offener Urlaubsansprüche bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses am 31. Juli 2002 von der Arbeitsleistung freigestellt“ wurde.

Der Arbeitnehmer war der Auffassung, dass der Arbeitgeber ausdrücklich auf die Unwiderruflichkeit der Urlaubsgewährung hätte hinweisen müssen. Dem ist das Bundesarbeitsgericht nicht gefolgt.

1 %-Regelung gilt nicht mehr bei gewillkürtem Betriebsvermögen

Die steuerliche 1 %-Regelung wird bei Selbstständigen auf Fahrzeuge beschränkt, die zu mehr als 50 % (notwendiges Betriebsvermögen) beruflich genutzt werden. Bei einer betrieblichen Nutzung von mindestens 10 % bis 50 % (gewillkürtes Betriebsvermögen) wird der Privatanteil des Fahrzeugs geschätzt.

Die Privatnutzung müssen Unternehmer künftig gegenüber dem Finanzamt nachweisen. Wie der Nachweis erfolgen soll, ist allerdings unklar. Der Bundesrat hat in seinem zustimmenden Gesetzesbeschluss die Bundesregierung aufgefordert, zeitnah zum In-Kraft-Treten der Neuregelung Verwaltungsanweisungen für den Nachweis des betrieblichen Nutzungsanteils zu schaffen. Dabei sollen der bürokratische Aufwand, die Befolgungskosten und der Verwaltungsaufwand für die Finanzverwaltung soweit wie möglich begrenzt werden. In der Gesetzesbegründung heißt es, die Führung eines Fahrtenbuchs ist zum Nachweis nicht zwingend erforderlich. Ob sich die Finanzverwaltung daran allerdings halten wird, ist ungewiss. Es dürfte aber davon ausgegangen werden, dass die strikten Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch (zeitnahe, fortlaufende und vollständige Erfassung der Fahrten, geschlossene Form des Fahrtenbuchs, keine Änderbarkeit der Eintragungen bei elektronisch geführttem Fahrtenbuch) nicht verlangt werden können.

Die Neuregelung gilt für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2005 beginnen.

Überlässt der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer ein Dienstfahrzeug zur privaten Mitnutzung, bleibt es bei der 1 %-Regelung.

Abgrenzung zwischen Betriebsaufgabe und Betriebsunterbrechung

Wird ein Betrieb oder Teilbetrieb im Ganzen veräußert, muss der dabei entstehende Gewinn versteuert werden. Als Veräußerung gilt auch die Aufgabe des Gewerbebetriebs. Eine Betriebsaufgabe liegt vor, wenn der Betrieb aufhört als wirtschaftliche Einheit zu bestehen.

Eine Betriebsunterbrechung, die nicht als Betriebsaufgabe anzusehen ist und deshalb auch nicht zur Aufdeckung der stillen Reserven führt, liegt vor, wenn bei Einstellung der werbenden Tätigkeit die Absicht vorhanden und die Verwirklichung der Absicht nach den äußerlich erkennbaren Umständen wahrscheinlich ist, den Betrieb in gleichartiger oder ähnlicher Weise wieder aufzunehmen.

Zur Differenzierung Betriebsaufgabe - Betriebsunterbrechung ist ein klarstellendes Urteil des Hessischen Finanzgerichts ergangen: Stellt ein Unternehmer seine werbende (unternehmerische) Tätigkeit ein, liegt keine Betriebsaufgabe, sondern eine Betriebsunterbrechung vor, wenn die Wiederaufnahme des Gewerbebetriebs beabsichtigt ist. Die bei Einstellung der werbenden Tätigkeit noch vorhandenen Wirtschaftsgüter müssen allerdings jederzeit eine Aufnahme des Betriebs ermöglichen, wie er bis zur Einstellung der werbenden Tätigkeit betrieben worden ist.

Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten

Die wegen einer Erwerbstätigkeit entstehenden Kinderbetreuungskosten können zukünftig zu zwei Drittel der Aufwendungen, maximal 4.000 € pro Kind, als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden. Das gilt für berufstätige Alleinerziehende und Eltern, die beide erwerbstätig sind. Das betreute Kind darf das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Der Werbungskostenabzug berührt bei Arbeitnehmern nicht den Arbeitnehmer-Pauschbetrag. Dieser wird zusätzlich bei der Einkunftsermittlung berücksichtigt.

Sind die Voraussetzungen für den Betriebsausgaben- oder Werbungskostenabzug nicht erfüllt, sind die Betreuungskosten für Kinder von drei bis sechs Jahren nur als Sonderausgaben abzugsfähig. Auch hier gilt, dass zwei Drittel der Aufwendungen, maximal 4.000 € pro Kind, abzugsfähig sind.

Entstehen die Betreuungskosten, weil ein Alleinerziehender sich in der Ausbildung befindet oder behindert oder krank ist, können die Kosten für Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Höhe von zwei Drittel der Aufwendungen, maximal 4.000 €, als Sonderausgaben abgezogen werden. Die Krankheit muss mindestens drei Monate dauern. Leben die Eltern zusammen, müssen die vorgenannten Voraussetzungen bei beiden Eltern vorliegen oder nur bei einem Elternteil, während der andere erwerbstätig ist.

Für behinderte Kinder gibt es Sonderregelungen.

Der Sonderausgabenabzug erfolgt bei zusammenveranlagten Ehegatten zu je 50 %, es sei denn, die Ehegatten beantragen eine andere Verteilung.

Die Aufwendungen dürfen nicht für Unterricht, für die Vermittlung besonderer Fähigkeiten und andere Freizeitbetätigungen entstanden sein. Das schließt den Abzug von Kindergartenkosten nicht aus, auch wenn dort beispielsweise musiziert wird. Gemeint sind reine Aufwendungen für Freizeitbetätigungen, wie Tennisstunden.

Die Betreuungskosten sind nur abzugsfähig, **wenn eine Rechnung vorliegt und die Zahlung auf das Konto des Betreuenden nachgewiesen wird**. Als Rechnung gilt auch der Gebührenbescheid des Kindergartens.

Die bisherige Regelung zu den Kinderbetreuungskosten wurde aufgehoben.

Die Neuregelungen gelten für alle Aufwendungen, die ab 2006 gezahlt werden. Die Leistungen müssen nach dem 31.12.2005 erbracht worden sein.

Abzug haushaltsnaher Dienstleistungen verbessert

Handwerkerleistungen können künftig in Höhe von 20 % der Aufwendungen, maximal 600 € im Jahr, als Steuerermäßigungsbetrag angesetzt werden, sofern die Ausgaben nicht Betriebsausgaben oder Werbungskosten sind. Dies gilt für alle handwerklichen Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten am Haus, in der Wohnung und auf dem Grundstück. Berücksichtigt werden allerdings nur die Arbeits-, nicht die Materialkosten.

Auch die Betreuung von Familienangehörigen wird künftig stärker steuerlich gefördert. Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Pflege und Betreuung Pflegebedürftiger können weiterhin in Höhe von 20 % der Kosten, aber maximal mit 1.200 € statt mit 600 € geltend gemacht werden.

Die Aufwendungen müssen **durch eine Rechnung und die Zahlung auf das Konto des Leistungserbringers durch einen Bankbeleg** nachgewiesen werden.

Die Neuregelungen gelten für alle Aufwendungen, die ab 2006 gezahlt werden. Die Leistungen müssen nach dem 31.12.2005 erbracht worden sein.

AfA-Ansatz zur Sachbezugsermittlung bei Überlassung eines betrieblichen PKW

Zur Ermittlung des Werts für Privatfahrten und Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auf der Grundlage eines Fahrtenbuchs müssen die gesamten Kraftfahrzeugkosten zu Grunde gelegt werden. Dabei wird nach einem

Beschluss des Bundesfinanzhofs die AfA für das Fahrzeug, anders als bei der Gewinnermittlung des Arbeitgebers, mit 12,5 % angesetzt.

Das Gericht begründet diese Auffassung damit, dass Maßstab für die Sachbezugsermittlung die tatsächlichen Aufwendungen sind. Für die Bemessung der AfA ist dabei die tatsächliche Gesamtdauer der Nutzung des Fahrzeugs maßgebend. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die von der Finanzverwaltung in den amtlichen AfA-Tabellen festgelegt wird, ist nur für die Gewinnermittlung heranzuziehen.

Altersentlastungsbetrag: Ermittlung der positiven Summe der Einkünfte bis zum Jahr 2003

Berechnungsbasis für den Altersentlastungsbetrag nach dem Einkommensteuergesetz ist die positive Summe der Einkünfte. Dabei bleiben bestimmte Versorgungsbezüge und Alterseinkünfte außer Betracht. Die Summe der Einkünfte wird beeinflusst durch Verlustanrechnungs- und Verlustausgleichsbeschränkungen des Einkommensteuergesetzes. In der Zeit von 1999 bis 2003 waren dabei die Regeln der Mindestbesteuerung zu beachten. Für den Verlustausgleich mussten einkunftsartenbezogene Verhältnisrechnungen durchgeführt werden, die häufig zur Minderung der auszugleichenden Verluste führten.

Soweit Finanzämter bei der Ermittlung des Altersentlastungsbetrags in der Zeit von 1999 bis 2003 lediglich eine Saldierung der Einkünfte vorgenommen haben, hat der Bundesfinanzhof diesem Vorgehen eine Absage erteilt. Die einfache Saldierung hätte in dem entschiedenen Fall die Berücksichtigung eines Altersentlastungsbetrags verhindert.

Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch

Wer einen Firmenwagen auch für private Fahrten nutzt, muss monatlich pauschal 1 % des Bruttolistenpreises zum Zeitpunkt der Erstzulassung als Privatnutzung versteuern. Wenn das Verhältnis der betrieblichen oder beruflichen Fahrten zur Privatnutzung durch ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch nachgewiesen wird, können stattdessen die auf die Privatnutzung tatsächlich angefallenen Kosten angesetzt werden.

Der Bundesfinanzhof hatte vor Kurzem entschieden, dass ein Fahrtenbuch zeitnah und in geschlossener Form geführt werden muss. Die zu erfassenden Fahrten einschließlich des an ihrem Ende erreichten Gesamtkilometerstands müssen vollständig und in ihrem fortlaufenden Zusammenhang wiedergegeben sein. Diese Anforderungen erfüllt ein mit Hilfe eines Computerprogramms geführtes Fahrtenbuch nach Ansicht des Gerichts nur, wenn nachträgliche Veränderungen an den Aufzeichnungen ausgeschlossen sind oder vom Programm dokumentiert werden. Die Führung des Fahrtenbuchs mit einer jederzeit veränderbaren Excel-Datei ist damit ausgeschlossen.

Nunmehr hat das Gericht klargestellt, welchen Inhalt ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch haben muss:

- Jede einzelne berufliche Fahrt ist grundsätzlich mit Abschluss der Fahrt aufzuzeichnen.
- Es muss zwischen beruflichen und privaten Fahrten unterschieden werden. (Hinweis: Dazu sollten die Fahrtenbücher entsprechende Spalten haben, in denen jeweils die Summe der gefahrenen km eingetragen wird. Die Spalten sollten spätestens zum Jahresende addiert werden. Die Summe der beiden Spalten muss dann auch mit der Gesamtleistung übereinstimmen).
- Besteht eine einheitliche berufliche Reise aus mehreren Teilabschnitten (z. B. durch Besuch von Kunden oder Geschäftspartnern an verschiedenen Orten), reicht es aus, wenn der Gesamtkilometerstand und die gefahrenen km erst am Ende der Reise aufgezeichnet werden. Gleichzeitig müssen aber die besuchten Kunden, Geschäftspartner oder der Gegenstand der Verrichtung (z. B. Baustellen, Filialen) in der entsprechenden Reihenfolge eingetragen werden.
- Wird die Reise durch eine Privatfahrt unterbrochen, muss das Ende der beruflichen Fahrt aufgezeichnet werden.
- Häufig aufgeführte Fahrtziele, Kunden und Reisezwecke können auch durch Abkürzungen dargestellt werden. Diese müssen aus sich heraus verständlich oder durch ein dem Fahrtenbuch beigefügtes Erläuterungsblatt aufgeschlüsselt sein (z. B. Autokennzeichen D, HH, HB, M).

Ansparrücklage: Anforderung an die Bildung bei Überschussrechnern

Unternehmer können eine Gewinn mindernde Ansparrücklage in Höhe von 40 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten neuer beweglicher Wirtschaftsgüter bilden, wenn ihr Unternehmen bestimmte Größenmerkmale nicht überschreitet. Die Rücklagen (insgesamt max. 154.000 €) müssen in der Buchhaltung für jedes Investitionsvorhaben einzeln erfasst werden. Außerdem muss das Wirtschaftsgut genau bezeichnet werden, damit nachvollziehbar ist, ob die getätigte Investition mit der geplanten übereinstimmt. Für die Bildung einer Ansparrücklage ist es nicht notwendig, dass tatsächlich eine Investitionsabsicht besteht.

Der Bundesfinanzhof hat jetzt entschieden, dass es ausreicht, wenn in der Buchführung ein Gesamtposten gebildet wird, die entsprechenden Aufschlüsselungen der einzelnen Wirtschaftsgüter in einer Aufstellung zeitnah erfolgen und in den Unterlagen des Unternehmers aufbewahrt werden. Es muss gewährleistet werden, dass die Bildung und Auflösung der Rücklagen in der Buchführung verfolgt werden können.

Im entschiedenen Fall hatte das Finanzamt für jedes einzelne Wirtschaftsgut einen Posten in der Buchführung verlangt.

Hinweis: Wird für die einzelnen Wirtschaftsgüter eine Rücklage gebildet und erfolgt tatsächlich eine Anschaffung oder Herstellung innerhalb von zwei Jahren, kann im Jahr der Anschaffung unter bestimmten Voraussetzungen eine Sonderabschreibung von 20 % vorgenommen werden.

Aufhebung der Kindergeldfestsetzung vor Ablauf des Kalenderjahrs

Fallen im Verlauf eines Kalenderjahrs die Voraussetzungen für die Gewährung von Kindergeld weg, ist die Familienkasse unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, die Festsetzung des Kindergelds vor Ablauf des Kalenderjahrs aufzuheben. Dies ist dann der Fall, wenn bis zum Ende des Jahrs die Voraussetzungen für Gewährung von Kindergeld nicht erfüllt werden können.

Der Bundesfinanzhof war mit dem Fall eines arbeitslosen Kinds befasst. Da in solchen Fällen Arbeitslosengeld nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs gezahlt wird, kann nach Ansicht des Gerichts auch mit dem Monat der Vollendung des 21. Lebensjahrs die Kindergeldzahlung eingestellt werden. Dies ist anders zu beurteilen als z. B. bei der Ermittlung der kindergeldschädlichen Einkünfte eines in Ausbildung befindlichen Kinds. Diese Überprüfung kann in der Regel erst nach Ablauf des Kalenderjahrs vorgenommen werden.

Aufwendungen für den krankheitsbedingten Einbau eines Fahrstuhls in ein gemietetes Einfamilienhaus sind keine außergewöhnliche Belastung

Mit Zustimmung des Vermieters errichtete ein Ehemann einen Fahrstuhl in einem angemieteten Einfamilienhaus, um der schwer kranken Ehefrau den Zugang zum Obergeschoss zu ermöglichen. Die Kosten für den Einbau machte er in seiner Einkommensteuererklärung als außergewöhnliche Belastung geltend.

Der Bundesfinanzhof lehnte dies ab. Solche Aufwendungen stellen grundsätzlich keine außergewöhnliche Belastung dar, weil durch den Einbau des Fahrstuhls ein Gegenwert zu den aufgewendeten Kosten entsteht. In diesen Fällen handelt es sich um eine reine Vermögensumschichtung. Dies gilt auch bei Mietereinbauten, selbst wenn nur der Vermieter davon profitiert, weil der Einbau eine „gewisse Marktfähigkeit“ besitzt, die im Verkehrswert zum Ausdruck kommt.

Aufwendungen für die Ablösung von Erbbaurechten als Herstellungskosten

Eine Grundstückseigentümerin überließ ein Grundstück im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrags an einen Dritten. Vor Ablauf des Vertrags erwarb sie die Erbbaurechte mit aufstehenden Gebäuden vom Erbbauberechtigten zurück. Die Gebäude auf diesem Grundstück wurden abgerissen und ein Neubau errichtet. Die Aufwendungen für den Erwerb des Erbbaurechts machte sie als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung geltend.

Dem ist der Bundesfinanzhof nicht gefolgt. Nach ständiger Rechtsprechung gehören Aufwendungen für den Abriss eines vorhandenen Gebäudes zur anschließenden Neubebauung zu den Herstellungskosten des Neubaus. Dies gilt nach Auffassung des Gerichts auch für die Aufwendungen zur Ablösung eines dinglichen Nutzungsrechts, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abbruch eines Altgebäudes und der Errichtung des neuen Gebäudes gezahlt werden.

Aufwendungen für VIP-Logen: Hospitality-Leistungen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006

Vor einigen Monaten hat sich das Bundesministerium für Finanzen allgemein zur ertragsteuerlichen Behandlung von Aufwendungen für VIP-Logen in Sportstätten geäußert. Ergänzend hierzu sind nun Weisungen zu so genannten Hospitality-Leistungen ergangen.

Im Rahmen der Fussballweltmeisterschaft 2006 werden solche Leistungen angeboten. Sie beinhalten den Eintritt ins Stadion, bevorzugte Parkmöglichkeiten, Bewirtung, persönliche Betreuung, Erinnerungsgeschenke und ein Unterhaltungsangebot. Abweichend von der ursprünglichen Regelung, die eine pauschale Aufteilung dieser Aufwendungen mit 40 % für Werbung, 30 % für Bewirtung und 30 % für Geschenke vorsieht, sind für diese Aufwendungen 30 % als Bewirtung (begrenzt auf 1.000 € pro Teilnehmer je Veranstaltung) und 70 % als Geschenk anzusetzen.

Bei Einnahmen-Überschussrechnung keine Pflicht zur Kassenbuchführung

In der Praxis kommt es immer wieder vor, dass die Finanzämter auch bei Unternehmen, die ihren Gewinn durch Einnahmen-Überschussrechnung ermitteln, die Führung eines Kassenbuchs verlangen. Sehr oft versucht das Finanzamt auch, Zuschätzungen mit der Nichtführung eines Kassenbuchs zu begründen.

Betroffene Unternehmer können sich nun auf einen Beschluss des Bundesfinanzhofs berufen. Das Gericht hat entschieden, dass bei zulässiger Einnahmen-Überschussrechnung (Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes) keine Pflicht zur Führung eines Kassenbuchs besteht.

Es besteht lediglich die Pflicht zur Aufzeichnung der Einnahmen für umsatzsteuerliche Zwecke. Daraus kann aber nicht die Pflicht zur Führung eines Kassenbuchs abgeleitet werden.

Das Hauptsacheverfahren bleibt zwar noch abzuwarten, eine anders lautende Entscheidung ist aber unwahrscheinlich.

Bemessungsgrundlage für Kirchensteuer bei Abfindungszahlung nach Kirchenaustritt

Die Kirchensteuer bemisst sich grundsätzlich nach der für das Kalenderjahr festzusetzenden Einkommensteuerschuld. Besteht die Kirchensteuerpflicht nicht während des ganzen Kalenderjahrs, ist die sog. Zwölftelungsregelung anzuwenden. Für jeden Kalendermonat, in dem Kirchensteuerpflicht besteht, ist je ein Zwölftel des Betrags festzusetzen, der sich bei ganzjähriger Kirchensteuerpflicht ergibt.

Das Finanzgericht Köln hatte darüber zu entscheiden, ob eine steuerpflichtige Abfindung, die kurz nach Kirchenaustritt ausgezahlt wurde, zur Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Kirchensteuer gehört. Das Finanzgericht entschied wie folgt: In die Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer ist auch eine vor dem Kirchenaustritt vereinbarte Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes, die jedoch erst nach dem Austritt im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gezahlt wird, einzubeziehen. Die Zwölftelungsregelung ist zu beachten.

Ab dem 1.1.2006 hat dieses Urteil vermehrt Bedeutung. Die Freibeträge für Abfindungen sind entfallen. Freibeträge gibt es nur noch für Abfindungen, auf die vor dem 1.1.2006 ein Anspruch bestand oder bei denen ein Verfahren vor Gericht anhängig ist. Die Zahlung muss vor dem 1.1.2008 erfolgen.

Fehler eines Grundstücks-Sachverständigen kein grobes Verschulden des Auftraggebers

Hat ein beauftragter unabhängiger Sachverständiger bei der Wertermittlung eines Grundstücks erhebliche wertmindernde Umstände übersehen, kann dies bei nachträglichem Bekanntwerden nicht dem Auftraggeber als grobes Verschulden zugerechnet werden. Die Änderung eines Steuerbescheids zu Gunsten des Betroffenen ist nach Aussage des Bundesfinanzhofs in einem solchen Fall möglich.

Grundsätzlich kann ein bestandskräftiger Steuerbescheid nur dann geändert werden, wenn nachträglich neue Tatsachen bekannt werden und für dieses nachträgliche Bekanntwerden kein grobes Verschulden vorliegt. So ist z. B. ein Fehler des steuerlichen Beraters in der Regel dem Mandanten zuzurechnen. Anders ist dies nach Darstellung des Gerichts bei einem Sachverständigen, der zum Kreis der „sonstigen Hilfspersonen“ gerechnet wird und dessen Fehler dem Auftraggeber nicht zugerechnet werden können.

Kein Arbeitslohn durch „Gegenwertzahlungen“ des Arbeitgebers an die VBL

Ein Arbeitgeber kündigte seine Mitgliedschaft in der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Er führte die betriebliche Altersversorgung für seine Arbeitnehmer danach im Wege einer unmittelbaren Versorgungszusage durch. Für die noch von der VBL zukünftig aus ihrem Vermögen zu erfüllenden Verpflichtungen leistete der Arbeitgeber eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte sog. „Gegenwertzahlung“. Das Finanzamt sah diese Zahlung als steuerpflichtigen Arbeitslohn sowohl der Rentner als auch der aktiven Arbeitnehmer des Unternehmens an.

Der Bundesfinanzhof folgte dieser Beurteilung nicht. Zu den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit gehören alle dem Arbeitnehmer aus einem Dienstverhältnis zufließenden Einnahmen. Dazu gehören alle Vorteile, die durch das individuelle Dienstverhältnis veranlasst sind.

Ob entsprechend den vorstehenden Grundsätzen auch Zukunftssicherungsleistungen als Arbeitslohn zu qualifizieren sind, hängt davon ab, ob der Arbeitgeber, zumindest wirtschaftlich betrachtet, dem Arbeitnehmer Mittel zum Zwecke seiner Zukunftssicherung zur Verfügung stellt. Diese Voraussetzungen sind dann erfüllt, wenn dem Arbeitnehmer im Versorgungsfall gegen die Versorgungseinrichtung, an die der Arbeitgeber Beiträge leistet, ein eigener Rechtsanspruch auf Leistung zusteht. Auch für den Fall, dass Versorgungsleistungen aus abschnittsbezogenen Umlagen der beteiligten Arbeitgeber finanziert werden, greift die vorstehende Betrachtung. Gleiches gilt, wenn allein vom Arbeitgeber getragene Beiträge zu einer Pensionskasse für seine Arbeitnehmer nicht ordnungsgemäß kalkuliert wurden und dies eine weitere Pauschalzuweisung erforderlich macht. Entscheidend ist in jedem Fall, dass die Zuweisungen des Arbeitgebers zu einem geldwerten Vorteil bei einem bestimmten Kreis aktiver oder ehemaliger Arbeitnehmer führen.

Liegt den Zuweisungen an eine eigene Pensionskasse, entgegen den vorherigen Ausführungen, eine ordnungsgemäße Kalkulation zu Grunde und ergibt sich trotzdem die Notwendigkeit von weiteren pauschalen oder Sonderzahlungen (z. B. im Fall versicherungsmathematischer Neubewertungen), stellen diese Zahlungen keinen geldwerten Vorteil für den Arbeitnehmer dar. Nichts anderes gilt, wenn ein Arbeitgeber aus einem umlagefinanzierten Versorgungssystem ausscheidet und dafür eine „Gegenwertzahlung“ zu leisten hat. Sie stellt einen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechneten Gegenwert für bereits entstandene Zahlungsverpflichtungen aus dem vorhandenen Rentenbestand und den unverfallbaren Versorgungsansprüchen der aktiven Arbeitnehmer auch nach deren Ausscheiden dar.

Die „Gegenwertzahlung“ dient ausschließlich dem Ausgleich der durch das Ausscheiden des Arbeitgebers aus der VBL verursachten Finanzierungslücke. Der Arbeitgeber wendet durch eine derartige Zahlung seinen Arbeitnehmern nichts zu, was über die bereits erworbenen, im Umlageverfahren ausreichend finanzierten und als Arbeitslohn versteuerten Versorgungsansprüchen hinausgeht. Die „Gegenwertzahlung“ erhöht weder die bestehenden Ansprüche noch die laufenden Versorgungsbezüge.

Keine Abzinsung von Sozialplanverbindlichkeiten bis 1998

Ein Unternehmen passivierte in den Bilanzen für die Jahre 1992 bis 1994 Sozialplanrückstellungen auf Grund eines bestehenden Sozialplans. Das Finanzamt zinst die Rückstellung mit einem Zinssatz von 5,5 % ab.

Der Bundesfinanzhof geht grundsätzlich davon aus, dass Verbindlichkeiten und Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, die erst nach geraumer Zeit zu tilgen sind, einen Zinsanteil für ein verdecktes Kreditgeschäft enthalten. Das gilt auch in den Fällen, bei denen keine Zinsen vereinbart sind. Diese Betrachtung gilt grundsätzlich auch bei Arbeitsverhältnissen, wenn eine später zu zahlende Summe wirtschaftlich einen Zinsanteil einschließt.

Enthält eine Verbindlichkeit tatsächlich keinen Zinsanteil, ist keine Abzinsung vorzunehmen. Dafür spricht, wenn eine kaufmännische Gepflogenheit oder eine übliche Geschäftspraxis zur Verzinsung nicht festzustellen ist. So verhalte es sich normalerweise bei Sozialplanverpflichtungen. Eine Abzinsung dieser Verpflichtung ist für Geschäftsjahre bis einschließlich 1998 deshalb nicht vorzunehmen.

Für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1998 enden, besteht steuerlich eine gesetzliche Verpflichtung zur Abzinsung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Keine Zusammenveranlagung für Mitglieder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft

Eine Zusammenveranlagung ist im Einkommensteuerrecht nur für Ehegatten vorgesehen. Unter einer Ehe ist nur die rechtlich verbindliche Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau zu verstehen. Gleichgeschlechtliche Lebenspartner, die eine Partnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) begründen, sind daher nicht zusammen zu veranlagern.

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs beruht die unterschiedliche Behandlung von Ehegatten und Lebenspartnerschaften nicht auf einer unbewussten Regelungslücke des Gesetzgebers. Die unterschiedliche Förderung von Ehe und Familie zu anderen Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens verstößt deshalb auch nicht gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes. Eine Zusammenveranlagung und die Anwendung des Splittingtarifs ist bei Lebenspartnerschaften nicht möglich. Eine steuerliche Entlastung der Partner einer Lebenspartnerschaftsgemeinschaft erfolgt über die Geltendmachung von Unterhaltsaufwendungen im Rahmen der außergewöhnlichen Belastung.

Kosten eines Grabmals als dauernde Last

Der Übernehmer eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs schloss mit seinen Eltern einen Hofübergabevertrag im Wege der vorweggenommenen Erbfolge. Er gewährte im Gegenzug ein umfassendes Leibgedinge mit der ausdrücklichen Verpflichtung, beim Tod der Eltern die Kosten für eine standesgemäße Beerdigung und für ein ortsübliches Grabmal zu tragen. Als der Vater starb, verweigerte das Finanzamt den Abzug der entstandenen Kosten als dauernde Last.

Der Bundesfinanzhof ließ den Kostenabzug als dauernde Last zu. Der Hofübergabevertrag sei eine Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen. Er beinhalte Versorgungsleistungen verschiedener Art, die durch eine gemeinsame Zweckbestimmung zu einer rechtlichen Einheit verbunden wären. Diese Betrachtung verbiete eine isolierte Beurteilung einzelner Leistungsbestandteile (z. B. Kosten eines Grabmals).

Pauschale Ermittlung der PKW-Nutzungsentnahme bei alkoholbedingten Unfallkosten

Überlässt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ein betriebliches Fahrzeug zur privaten Nutzung, ist der lohnsteuerpflichtige geldwerte Vorteil des Arbeitnehmers grundsätzlich nach der 1 %-Regelung zu ermitteln. Der Arbeitgeber kann den privaten Nutzungswert mit den anteiligen nachgewiesenen Aufwendungen für das Kraftfahrzeug ansetzen. Dann müssen die für das Fahrzeug insgesamt entstehenden Aufwendungen durch Belege und das Verhältnis der privaten zu den übrigen Fahrten durch ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch nachgewiesen werden.

Das Finanzgericht Berlin hatte darüber zu entscheiden, welche Aufwendungen des Fahrzeugs durch die 1 %-Regelung abgegolten sind. Das Finanzgericht entschied, dass mit der 1 %-Regelung die gesamte private Kfz-Nutzung aller Kfz-Aufwendungen abgegolten ist. Auch bei schuldhafter Verursachung eines Unfallschadens (Trunkenheitsfahrt) an einem zur Nutzung überlassenen Fahrzeug auf einer genehmigten Privatfahrt hat nach diesem Urteil der Arbeitnehmer den Verzicht des Arbeitgebers auf Schadenersatz nicht neben der 1 %-Regelung als zusätzlichen geldwerten Vorteil zu versteuern.

Es bleibt nun abzuwarten, wie der Bundesfinanzhof diesen speziellen Fall beurteilt. Der Bundesfinanzhof hat nämlich vor wenigen Monaten entschieden, dass die Abgeltungswirkung der 1 %-Regelung nur die Aufwendungen erfasst, die unmittelbar dem Halten und dem Betrieb des Fahrzeugs zu dienen bestimmt sind und im Zusammenhang mit seiner Nutzung zwangsläufig anfallen.

Sonderausgabenabzug bei Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen

Der Anerkennung des Sonderausgabenabzugs von Versorgungsleistungen als dauernde Last oder Rente liegt ein tragender Gedanke zu Grunde: Es handelt sich um eine vorweggenommene Erbfolgeregelung, bei der sich der Übertragende typischerweise Erträge seines Vermögens in Gestalt von Versorgungsleistungen zurückbehält.

Die Leistungen müssen von dem Vermögensübernehmer aus den zukünftig von ihm zu erwirtschaftenden Nettoerträgen des an ihn übertragenen Vermögens zu verdienen sein. Sind die vereinbarten wiederkehrenden Leistungen höher als die erzielbaren Nettoerträge, sind sie insgesamt nicht als dauernde Last abzugsfähig.

Berechnungsgrundlage sind die steuerlichen Einkünfte, bereinigt um Abschreibungen (auch erhöhte oder Sonderabschreibungen) sowie außerordentliche Aufwendungen.

Maßgeblich für die Frage, ob die dem Übergeber zugesagten Leistungen aus dem übernommenen Vermögen erwirtschaftet werden können, ist eine auf den Zeitpunkt der Übergabe zu erstellende überschlägige Prognose. Dies ergibt sich aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs.

Sind die Leistungen später an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse des Empfängers anzupassen und zu erhöhen, kann die Möglichkeit des Sonderausgabenabzugs für den erhöhten Teil vollständig oder teilweise verloren gehen. Abzugsfähig sind die Zahlungen insgesamt nur insoweit, als sie - aus der Perspektive des Änderungszeitpunkts betrachtet - aus den in der Zukunft zu erwartenden Nettoerträgen des übergebenen Vermögens gedeckt werden können.

Übernahme von Verbindlichkeiten bei Erbauseinandersetzung führt doch nicht zu Anschaffungskosten

Verbindlichkeiten, die im Erbfall auf den oder die Erben übergehen, stellen grundsätzlich keine Anschaffungskosten dar. Der Bundesfinanzhof hatte im Jahr 2004 entschieden, dass dies jedoch anders zu beurteilen ist, wenn sich die Beteiligten auseinander setzen.

Zwei Brüder hatten gemeinsam mit ihrer Mutter eine Immobilie erworben. Nach deren Tod waren beide je zur Hälfte Eigentümer. Die im Rahmen der Erbfolge übernommenen Verbindlichkeiten betrugen ca. 240 TDM. Einer der Brüder zahlte unter Berücksichtigung der auf dem Objekt lastenden Verbindlichkeiten einen Wertausgleich von 800 TDM an den Mitbeteiligten und erlangte so Alleineigentum an dem Objekt.

Das Gericht bestätigte dessen Auffassung, dass in Höhe der hälftig übernommenen Verbindlichkeiten neben der Ausgleichszahlung Anschaffungskosten vorlagen, die in die Bemessungsgrundlage für die Absetzung für Abnutzung mit einzubeziehen waren.

Das Bundesministerium der Finanzen hat in einem aktuellen Schreiben darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung über den Einzelfall hinaus nicht anzuwenden ist. In gleich gelagerten Fällen muss deshalb wieder der Weg durch alle Instanzen gewählt werden.

Vermieteter PKW als Sonderbetriebsvermögen

In der Sonderbilanz sind als Sonderbetriebsvermögen Wirtschaftsgüter aufzunehmen, die im Eigentum eines Gesellschafters einer Personengesellschaft stehen. Die Wirtschaftsgüter müssen allerdings in einem gewissen Zusammenhang mit dem Betrieb der Gesellschaft stehen oder in gewisser Weise der Beteiligung des Gesellschafters an der Gesellschaft förderlich sein.

Zum Sonderbetriebsvermögen I gehören die Wirtschaftsgüter, die einem Gesellschafter gehören, die jedoch geeignet und bestimmt sind, dem Betrieb der Personengesellschaft zu dienen. Dazu gehören insbesondere Wirtschaftsgüter, die der Personengesellschaft von einem Gesellschafter zur Nutzung überlassen sind. Es spielt keine Rolle, ob das Wirtschaftsgut unentgeltlich oder entgeltlich zur Nutzung überlassen und auf Grund welcher vertraglichen Regelung die Nutzung gewährt wird.

Zum Sonderbetriebsvermögen II gehören Wirtschaftsgüter, die unmittelbar zur Begründung oder Stärkung der Beteiligung des Gesellschafters an der Personengesellschaft eingesetzt werden.

Das Schleswig-Holsteinische Finanzgericht entschied, dass ein an eine Personengesellschaft von einem Gesellschafter zur betrieblichen Nutzung vermieteter PKW auch dann notwendiges Sonderbetriebsvermögen I des Gesellschafters ist, wenn der Anteil der Privatnutzung des überlassenden Gesellschafters überwiegt.

Der Bundesfinanzhof muss noch abschließend entscheiden.

Verpflegungsmehraufwendungen für einen auswärtigen Einsatz

Der Anspruch auf Berücksichtigung der Pauschalen für Verpflegungsmehraufwendungen steht jedem zu, der die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme erfüllt. Zu einigen in diesem Zusammenhang streitigen Fragen hat der Bundesfinanzhof Stellung genommen:

- Für die Bestimmung des beruflichen Tätigkeitsorts, der Ausgangspunkt für die Abwesenheit aus beruflichen Gründen ist, muss von dem ortsgebundenen Mittelpunkt der dauerhaft angelegten beruflichen Tätigkeit ausgegangen werden. Dies ist in der Regel der Betrieb oder die Betriebsstätte des Arbeitgebers.
- Die Beschränkung des Ansatzes auf die ersten drei Monate einer längerfristigen vorübergehenden Tätigkeit an derselben Tätigkeitsstätte gilt für alle Formen der Auswärtstätigkeit, also auch für Fahr- oder Einsatzwechseltätigkeiten. Die auswärtige Tätigkeitsstätte wird durch bloßen Zeitablauf von drei Monaten nicht zum Tätigkeitsmittelpunkt bzw. zur regelmäßigen Arbeitsstätte.
- Jede längerfristig vorübergehende auswärtige Tätigkeit ist gesondert zu beurteilen. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit an einem auswärtigen Tätigkeitsort nach einer mehr als vierwöchigen Unterbrechung stellt eine neue auswärtige Tätigkeit dar. Der Dreimonatszeitraum ist erneut zu berechnen.

Weitere steuerliche Änderungen

Der Bundesrat hat am 7.4.2006 dem „Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung“ und dem „Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen“ zugestimmt. Die beiden Gesetze enthalten u. a. folgende Neuregelungen:

- Unternehmen können in den Jahren 2006 und 2007 angeschaffte oder hergestellte bewegliche Wirtschaftsgüter zu einem höheren Prozentsatz abschreiben, weil die degressive Abschreibung von derzeit 20 % auf 30 % angehoben wird.
- Anschaffungskosten für Wertpapiere und Grundstücke des Umlaufvermögens können bei Ermittlung des Gewinns durch Einnahmen-Überschussrechnung künftig erst bei der Veräußerung oder Entnahme angesetzt werden. Das gilt für Anschaffungen nach der Verkündung des Änderungsgesetzes, die noch aussteht.
- Die bei der Veräußerung eines Binnenschiffs in den Jahren 2006 bis 2010 aufgedeckten stillen Reserven können auf erworbene Binnenschiffe übertragen werden.
- Die Umsatzgrenze bei der Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Besteuerung) wird in den alten Bundesländern von derzeit 125.000 € auf 250.000 € angehoben. Die Erhöhung gilt ab 1.7.2006. Für die neuen Bundesländer bleibt es bei der Umsatzgrenze von 500.000 € pro Jahr. Diese bis zum 31.12.2006 befristete Regelung wird bis Ende 2009 verlängert.
- Die bislang umsatzsteuerfreien Umsätze der zugelassenen öffentlichen Spielbanken werden künftig wie die gewerblich betriebenen Glücksspiele und Spielgeräte umsatzsteuerpflichtig sein.
- Die unberechtigte Weitergabe von Belegen, z. B. Tankquittungen, ist nach der Verkündung des Änderungsgesetzes eine Steuerordnungswidrigkeit. Erfasst wird nur die gezielte Weitergabe von Belegen gegen Entgelt. Das Zurücklassen von Kassenbelegen an der Verkaufstheke fällt nicht darunter.

Hinweis:

Die geplante Erweiterung der umsatzsteuerlichen Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers auf Gebäudereinigungsleistungen wurde fallen gelassen.

Betriebsaufspaltung: Behandlung wechselseitig gezahlter Darlehenszinsen

Wechselseitig im Rahmen einer Betriebsaufspaltung zwischen Besitz- und Betriebsgesellschaft vereinbarte Darlehensgewährungen sind auch gewerbesteuerlich anzuerkennen. Es liegen zwei selbstständig zu beurteilende und in den jeweiligen Bilanzen auszuweisende Darlehen vor.

Eine Saldierung dieser Darlehen kommt nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs nur in Frage, wenn die Darlehen dem selben Zweck dienen, eine gegenseitige Verrechnung vorgesehen ist und diese auch regelmäßig erfolgt.

Liegen die zuvor genannten Voraussetzungen nicht vor, erhöhen die Zinseinnahmen den jeweiligen Gewerbeertrag.

Erweiterte Kürzung des Gewerbeertrags bei unentgeltlicher Grundschuldbestellung

Ein Unternehmen, das die Errichtung und Verwaltung von Haus- und Grundbesitz betrieb, stellte in den Jahren von 1986 bis 1992 für Schwesterpersonengesellschaften Sicherheiten durch Bürgschaften, Grundschulden und Schuldmitübernahmen. Auf Grund dieser Tätigkeiten verweigerte das Finanzamt die erweiterte Kürzung des Gewerbeertrags für Grundstücksunternehmen.

Die Gestellung von Sicherheiten steht nach der Auffassung des Bundesfinanzhofs der erweiterten Kürzung des Gewerbeertrags nicht entgegen. Die auf Grundstücke bezogene unentgeltliche Bestellung von Sicherheiten wahrt die Grenzen der grundstücksbezogenen Vermögensverwaltung. Solche Sicherheitsgestellungen gehören auch nicht zum Katalog der begünstigten Nebentätigkeiten. Es handelt sich nicht um die Verwaltung und Nutzung von Kapitalvermögen.

Die Grundschuldbestellung für Kreditsicherheiten führt nicht dazu, dass der Grundbesitz ganz oder zum Teil dem Gewerbebetrieb eines Gesellschafters oder Genossen dient.

Keine gewerbesteuerliche Minderung der Beteiligungsgewinne um Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Beteiligung

Ist eine Kapitalgesellschaft an einer anderen Kapitalgesellschaft zu mindestens 10 % beteiligt, so sind deren Beteiligungsgewinne bei der Ermittlung des Gewerbeertrags zu kürzen. Hier stellt sich die Frage, inwieweit Finanzierungskosten im Zusammenhang mit dem Erwerb einer solchen Beteiligung bei der Ermittlung des Kürzungsbetrags zu berücksichtigen sind. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass der Kürzungsanspruch um die Zinsen zu mindern ist.

Gegen diese Verwaltungsauffassung wendet sich der Bundesfinanzhof. Aus den gesetzlichen Vorschriften lässt sich nach Ansicht des Gerichts keine Grundlage für eine solche Kürzung ableiten. Es gibt keinen allgemeinen Rechtsgrundsatz, der den Ansatz von Ausgaben verbietet, die im Zusammenhang mit nicht der Besteuerung unterfallenden Einnahmen stehen. Dies ist nicht vergleichbar mit dem Grundsatz, dass z. B. Aufwendungen im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen nicht abzugsfähig sind.

Vortragsfähiger Gewerbeverlust bei Gesellschafterwechsel in einer Personengesellschaft

Der vortragsfähige Gewerbeverlust ist nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs bei einem Gesellschafterwechsel in einer Personengesellschaft mitunternehmerbezogen zu ermitteln. Der einzelne Mitunternehmer ist Träger eines auf ihn entfallenden Verlustanteils.

Voraussetzung für den Verlustabzug ist Unternehmens- und Unternehmeridentität. Unternehmeridentität bedeutet, dass nur derjenige Mitunternehmer einen Verlustabzug für sich geltend machen kann, der ihn auch erlitten hat. Er muss folglich sowohl zum Zeitpunkt der Verlustentstehung als auch zum Zeitpunkt der Verrechnung mit einem positiven Gewerbeertrag Mitinhaber des Unternehmens sein. Nicht erforderlich ist, dass die Beteiligungsverhältnisse im Verlustentstehungs- und -verrechnungsjahr identisch sind.

Überträgt folglich ein Gesellschafter einen Teil seiner Beteiligung auf einen anderen Mitgesellschafter, verringert sich dadurch lediglich die Beteiligungsquote des erstgenannten Gesellschafters am Gesellschaftsvermögen. Der Verlustvortrag ist so zu berechnen, als wäre es bei den bisherigen Beteiligungsverhältnissen geblieben. Zukünftige positive Gewerbeerträge sind den Mitunternehmern dann allerdings entsprechend den neuen Beteiligungsverhältnissen zuzurechnen.

Beim Ausscheiden eines Gesellschafters geht der Verlustabzug insoweit verloren, als er auf den ausgeschiedenen Gesellschafter entfällt. Dafür ist eine auf den einzelnen Mitunternehmer bezogene Berechnung vorzunehmen. Die Gewerbeerträge des Anrechnungsjahrs und die Fehlbeträge des Verlustentstehungsjahrs sind nach dem jeweiligen Gewinnverteilungsschlüssel zu berücksichtigen. Sonderbetriebseinnahmen und -ausgaben sind in die Berechnung einzubeziehen.

Formell ist der Verlustfeststellungsbescheid Grundlagenbescheid für den auf das folgende Jahr vorzutragenden Gewerbeverlust und damit wiederum Grundlagenbescheid für den Verlustfeststellungsbescheid des Folgejahrs.

Dauer der Verstrickung eigenkapitalersetzender Darlehen

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs beendet eine vollständige Entschuldung der Gesellschaft die Verstrickung eigenkapitalersetzender Darlehen nur dann, wenn das Stammkapital der GmbH nachhaltig wieder hergestellt ist. Wird die Gesellschaft nach der Veräußerung wesentlicher Vermögenswerte nicht abgewickelt, sondern fortgeführt, so kann von einer nachhaltigen Erholung der Gesellschaft nur bei einer günstigen Fortführungsprognose die Rede sein.

Auch das bloße Vorhandensein stiller Reserven ist nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts München nicht geeignet, die bestehende Kreditunwürdigkeit einer GmbH auszuräumen. Notwendig ist vielmehr, dass ein Dritter mit Blick auf immaterielle Vermögenswerte bereit wäre, der Gesellschaft weiteren Kredit zu marktüblichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

GmbH & Co. KG: Vergütung für Haftungsübernahme

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall hing die Höhe der einer Komplementär-GmbH für die Haftungsübernahme zu zahlenden Vergütung nach dem Gesellschaftsvertrag einer Kommanditgesellschaft (KG) von der Höhe des Stammkapitals der GmbH ab. Der Beschluss zur Erhöhung des Stammkapitals der GmbH hatte deshalb zur Folge, dass sich die Vergütung entsprechend um 4.300 % erhöhte.

Der Alleingesellschafter der GmbH und seine frühere Ehefrau waren mit gleichen Einlagen Kommanditisten der KG. Die Ehefrau sah in der Erhöhung des Stammkapitals ein treuwidriges Verhalten der GmbH und nahm diese auf Rückzahlung der bereits entnommenen Vergütung an die KG sowie auf Unterlassung in Anspruch.

Zu Unrecht, befand das Gericht, weil die Stammkapitalerhöhung bei der GmbH auch die notwendige Kreditwürdigkeit der KG stärkte und damit sachlich gerechtfertigt war. Weil die Vergütung für die Haftungsübernahme bereits im Gesellschaftsvertrag abschließend geregelt war, bedurfte es zur Auszahlung auch keines zusätzlichen Gesellschafterbeschlusses; es handelte sich vielmehr um eine einfache Geschäftsführungsmaßnahme.

Gemeinschaftsrechtliche Unbedenklichkeit der unterschiedlichen Behandlung von verbundenen Unternehmen in verschiedenen EG-Ländern

Eine deutsche Tochtergesellschaft der Automobilzulieferindustrie zahlte Lizenzgebühren an die italienische Automobil-Muttergesellschaft. Die deutsche Tochtergesellschaft hatte nach dem Lizenzvertrag mit der Muttergesellschaft einen Anspruch auf personelle Unterstützung und den Zugang zu den Büros und den Produktionsstätten des italienischen Automobilherstellers. Der Vertrag enthielt keine Abmachungen über Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen durch die Muttergesellschaft. Nach einer Außenprüfung behandelte das Finanzamt einen Teil der Lizenzzahlungen als verdeckte Gewinnausschüttung.

Der Fall kam zum Bundesfinanzhof, weil nach den Regelungen für verbundene Unternehmen im OECD-Musterabkommen eine deutsche Besteuerung ausgeschlossen sein kann. Das Gericht stellte fest, dass im Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Italien eine solche Regelung nicht enthalten ist und eine Entscheidung dazu nicht notwendig war. Zwei Grundsätze gibt das Urteil mit auf den Weg:

- Es verstößt nicht gegen die Regelungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EVG), wenn eine inländische Tochtergesellschaft steuerlich unterschiedlich behandelt wird gegenüber der Muttergesellschaft in einem anderen Land der Europäischen Union (EU).

- Bilaterale Regelungen zwischen einzelnen EU-Staaten (DBA) verstoßen nicht grundsätzlich gegen das Gemeinschaftsrecht, wenn diese Regelungen mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen.

Es blieb somit dabei, dass ein Teil der Lizenzzahlungen als verdeckte Gewinnausschüttung zu qualifizieren und somit der Betriebsausgabenabzug zu versagen war.

Eheähnliche Gemeinschaft erst nach drei Jahren

Eine eheähnliche Gemeinschaft im Sinne des Sozialrechts ist erst anzunehmen, wenn ein Paar seit mindestens drei Jahren zusammenlebt. Damit brauchen sich Personen, die einen Antrag auf Arbeitslosengeld II gestellt haben, Einkünfte ihres Partners auch erst nach Ablauf von drei Jahren anrechnen zu lassen, weil erst dann eine zur Anrechnung dieser Einkünfte führende Bedarfsgemeinschaft vorliegt. Dies hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen entschieden.

Keine Vollstreckung aus Räumungsurteil bei Fortzahlung der Miete

In dem vom Amtsgericht Hamburg-Altona entschiedenen Fall wandte sich ein Mieter gegen die Vollstreckung aus einem Räumungsurteil. Nachdem der Mieter mit seinen Zahlungen in Rückstand geraten war, erwirkte der Vermieter einen Räumungstitel. Die Parteien verständigten sich jedoch darauf, dass der Vermieter aus dem Räumungsurteil nicht vollstreckt, solange der Mieter zukünftig regelmäßig eine Nutzungsentschädigung für die Wohnung zahlt. In der Folgezeit zahlte der Mieter die vereinbarte Entschädigung nicht innerhalb der gesetzten Frist. Der Vermieter beauftragte einen Gerichtsvollzieher mit der Vollziehung des Urteils.

Nach Auffassung des Gerichts ist eine Zwangsvollstreckung aus dem ehemaligen Räumungsurteil unzulässig. Die Parteien haben mit ihrer Vereinbarung ein neues Mietverhältnis begründet. Insbesondere endet es nicht dadurch, dass der Mieter mit der Zahlung in Verzug geraten ist. Eine Vereinbarung, dass der Vermieter aus dem Räumungstitel vollstrecken darf, sobald der Mieter die Nutzungsentschädigung nicht regelmäßig zahlt, ist unwirksam. Der Vermieter muss folglich eine neue Räumungsklage erheben.

Abzugsverpflichtung eines Unternehmers bei Bezug einer Werklieferung für seinen nichtunternehmerischen Bereich

Führte ein ausländischer Unternehmer Baumaßnahmen im Inland aus, musste der inländische Auftraggeber die Umsatzsteuer einbehalten und an das Finanzamt abführen, wenn er selbst Unternehmer war.

Der Bundesfinanzhof hat klargestellt, dass diese Abzugsverpflichtung auch dann galt, wenn der inländische Unternehmer die Leistung für seinen nichtunternehmerischen Bereich bezog, z. B. für sein privat genutztes Wohnhaus. Kam der inländische Unternehmer dieser Verpflichtung nicht nach und führte der ausländische Unternehmer die Umsatzsteuer nicht ab, haftete der inländische Unternehmer.

Seit 2002 ist diese jetzt vom Bundesfinanzhof für frühere Zeiträume bestätigte Rechtslage ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben. Anders ist nur, dass der inländische Unternehmer jetzt selbst Schuldner der Umsatzsteuer ist und nicht nur für die vom ausländischen Unternehmer geschuldete Umsatzsteuer haftet. Ist der Auftragnehmer ein inländischer Bauunternehmer, verlagert sich die Umsatzsteuerschuld nur dann auf den Auftraggeber, wenn dieser ebenfalls als Unternehmer in der Baubranche (ausgenommen Planungs- und Überwachungsleistungen) tätig ist.

Kein ermäßigter Steuersatz für Fernsehprogramme des Pay-TV

Die Umsätze des Pay-TV für die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen gegen Entgelt unterliegen dem Regelsteuersatz, derzeit 16 %. Dies ergibt sich aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs, und zwar aus den nachfolgenden Gründen:

- Nach dem Urheberrechtsgesetz ist das Senderecht vom Vorführungsrecht zu unterscheiden. Nach dieser Unterscheidung sind Fernsehsendungen keine Filmvorführungen. Nur letztere sind steuerlich begünstigt (7 %), wenn sie in einem Filmtheater abgespielt werden.
- Es ist keine Gleichbehandlung mit der Steuerfreiheit der Leistungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- oder Fernsehanstalten geboten, denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist kein Bezahlfernsehen. Es handelt sich vielmehr um eine Tätigkeit nicht gewerblicher oder beruflicher Art, durch die eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Rundfunkprogrammen gewährleistet wird. Die Sicherstellung der Grundversorgung und das Bezahlfernsehen sind somit keine gleichartigen Leistungen. Sie sind aus diesem Grund auch nicht gleichartig zu besteuern. Die Grundversorgung ist steuerfrei zu belassen, während Fernsehleistungen mit gewerblichem Charakter steuerpflichtig sind.

Personalgestellung durch ein Krankenhaus an eine Arztpraxis kann steuerfrei sein

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass Entgelte für die Gestellung von Krankenhauspersonal an eine Arztpraxis auch dann von der Umsatzsteuer befreit sein können, wenn die Arztpraxis mit dem Personal nicht nur Krankenhauspatienten, sondern auch andere Patienten versorgt. Ein mit dem Betrieb des Krankenhauses eng verbundener Umsatz liegt danach vor, wenn die Personalgestellung für eine umfassende ärztliche Behandlung der

Krankenhauspatienten unerlässlich ist und ausschließlich dazu dient, die Krankenhausleistung unter optimalen Bedingungen zu erbringen.

Ob ein derartiger Ausnahmefall vorliegt, ist unter Würdigung aller Umstände des Einzelfalls zu beurteilen. In dem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall verfügte das Krankenhaus über keine eigenen radiologischen Großgeräte, sondern stellte der Arztpraxis Krankenhauspersonal zum Betrieb der von der Praxis angeschafften Geräte zur Verfügung.

Umsatzsteuer bei Preisnachlässen durch Reisebüros

Gewährt ein Reisebüro Kunden Preisnachlässe auf vermittelte Reisen, mindert dies die Umsätze aus den vom Reiseveranstalter erhaltenen Provisionen. Dies gilt nach Auffassung des Bundesfinanzhofs unabhängig davon, ob der Reisekunde den geminderten Reisepreis direkt an das Reisebüro oder den vollen Reisepreis an den Reiseveranstalter zahlt und vom Reisebüro eine entsprechende Gutschrift erhält.

Beispiel:

Stellt der Reiseveranstalter dem Reisekunden 1.000 € zzgl. 160 € USt. in Rechnung und vergütet dem Reisebüro eine Provision von 100 € zzgl. 16 €, führt er 144 € (160-16) an das Finanzamt ab. Das Reisebüro gewährt dem Kunden 3 % Nachlass auf den Reisepreis, das heißt 34,80 €. Die Bruttoprovision des Reisebüros beträgt 81,20 € (116-34,80) oder netto 70 €. Es muss 11,20 € an das Finanzamt abführen. Insgesamt erhält das Finanzamt damit 155,20 €. Dies entspricht der USt., die in dem vom Reisekunden letztlich aufgewendeten Betrag von (1.160-34,80=)1.125,20 € enthalten ist (netto 970 €, USt. 155,20 €).

Umsatzsteuer bei Übertragung von Gesellschaftsanteilen an landwirtschaftlichem Betrieb und anschließender Einstellung

Einem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

Ein Landwirt war Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs, dessen Umsätze nach Durchschnittssätzen besteuert wurden. Gemeinsam mit seiner Ehefrau war er Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, die ein der Regelbesteuerung unterliegendes landwirtschaftliches Lohnunternehmen betrieb. Die Ehefrau übertrug ihren Gesellschaftsanteil unentgeltlich auf ihren Ehemann. Dieser stellte das Lohnunternehmen ein und übernahm dessen Anlagevermögen in seinen landwirtschaftlichen Betrieb.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die Auffassung des Finanzamts, dass der Landwirt die Vorsteuern, die die Gesellschaft bürgerlichen Rechts aus dem Erwerb von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Anspruch genommen hatte, berichtigen musste, soweit der Berichtigungszeitraum von fünf bzw. zehn Jahren noch nicht abgelaufen war. Die Vorsteuern sind immer dann zu berichtigen, wenn sich die Verhältnisse, die für den ursprünglichen Vorsteuerabzug maßgeblich waren, nachträglich ändern. Der Wechsel von der Regelbesteuerung zur Durchschnittssatzbesteuerung stellt eine solche Änderung der Verhältnisse dar. Die Finanzverwaltung verzichtet allerdings auf die Vorsteuerberichtigung, wenn das Wirtschaftsgut bereits vor dem 1.1.1996 im landwirtschaftlichen Betrieb eingesetzt wurde. Die Einstellung des Lohnunternehmens stellt nach Auffassung des Bundesfinanzhofs nicht lediglich eine Änderung der Besteuerungsform von der Regelbesteuerung zur Durchschnittssatzbesteuerung dar.

Abberufung und Kündigung eines WEG-Verwalters nur aus wichtigem Grund möglich

Ein wichtiger Grund liegt immer dann vor, wenn eine Fortsetzung der Zusammenarbeit den Wohnungseigentümern nach Treu und Glauben nicht mehr zugemutet werden kann. Insbesondere muss das zwischen den Parteien erforderliche Vertrauensverhältnis zerstört sein.

An diesen Grundsätzen orientierte sich das Oberlandesgericht München, als es die Abberufung und Kündigung eines Wohnungseigentumsverwalters durch die Eigentümergemeinschaft zu bewerten hatte. Der Verwalter hatte die Nachfolge des ursprünglichen Bauträgers und Verwalters angetreten, der in Insolvenz geraten war. Dieser hatte die Instandhaltungsrücklage bei einer Bank angelegt, die ebenfalls insolvent geworden ist. Bei der Bestellung des neuen Verwalters hatten zwar einige Eigentümer Bedenken gegen die bisherige Geldanlage geäußert. Es wurde aber kein Beschluss zu einer anderen Form der Geldanlage gefasst. Der aktuelle Verwalter erkundigte sich bei der Bank nach der Werthaltigkeit der Geldanlage, diese betrug jedoch nur 90 %. Auf einer anschließenden außerordentlichen Eigentümerversammlung wurde der Verwalter aus wichtigem Grund abberufen und der Verwaltervertrag fristlos gekündigt. Das Gericht billigte diese Vorgehensweise der Gemeinschaft nicht und erklärte die Abberufung und die Kündigung für unwirksam, da kein wichtiger Grund hierfür erkennbar war. Insbesondere habe der Verwalter nicht gegen Beschlüsse verstoßen oder diese nicht durchgeführt. Pflichtgemäß habe er über die aktuelle Situation berichtet. Eine Verpflichtung, das Geld anderweitig anzulegen, habe für ihn nicht bestanden.

Betreten einer Eigentumswohnung zur Instandsetzung von Gemeinschaftseigentum

Ein im Gemeinschaftseigentum stehender Dachboden konnte nur über die Einschubtreppe einer im Sondereigentum stehenden Wohnung betreten werden. Ein Eigentümer verlangte ein regelmäßiges Zugangsrecht zur Überprüfung des Dachzustands.

Nach Ansicht des Oberlandesgerichts München ist ein Sondereigentümer grundsätzlich verpflichtet, das Betreten der Wohnung zur Durchführung von Instandsetzungsmaßnahmen zu gestatten. Diese Verpflichtung besteht auch, um mögliche Mängel am Gemeinschaftseigentum feststellen zu können. Das Gericht stellt aber strenge Anforderungen an ein solches Zugangsrecht. Es müssen konkrete Anhaltspunkte für mögliche Reparaturmaßnahmen vorliegen. Ein Zutrittsrecht ohne sachlichen Grund wird auch dann nicht anerkannt, wenn es auf zwei Termine pro Jahr beschränkt ist.

Verkehrssicherungspflicht auf öffentlichen Parkplätzen

Bei öffentlichem Parkraum besteht in gleicher Weise wie bei sonstigen Verkehrsflächen eine Verkehrssicherungspflicht entsprechend dem Zweck der Verkehrseinrichtung. Dabei ist auch für den Schutz von Fußgängern zu sorgen, die als Fahrer oder Fahrzeuginsassen den Parkraum benutzen müssen.

Besonderer Aufmerksamkeit des Verkehrssicherungspflichtigen bedarf es nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Thüringen bei so genannten „gefährlichen Stellen“ wie z. B. gelockerten, hohl liegenden Gehwegplatten. Dabei genügt nach Auffassung des Gerichts eine sorgfältige Sichtprüfung nur dann, wenn der Plattenbelag keine Auffälligkeiten aufweist. Bei Unregelmäßigkeiten des Belags (z. B. durch ausgebrochene oder lose Platten) sind solche Schadstellen näher zu überprüfen und ggf. auszubessern.

